

Dunne, Michelle: A Post-Pharaonic Egypt?, in "The American Interest" IV(September/October 2008)1.

Was steht nach dem Ausscheiden Hosni Mubaraks politisch zu erwarten? Gleitet das größte arabische Land in eine Periode der Instabilität ab, wenn der heute über achtzigjährige Präsident nach mehr als einem Vierteljahrhundert die politische Bühne verlässt?

Die am „Carnegie Endowment for International Peace“ und als Herausgeberin des dort erscheinenden „Arab Reform Bulletin“ arbeitende Autorin mahnt in ihrem Zeitschriftenaufsatz zur Gelassenheit. Nur wenige Fachleute würden nach Mubarak eine Phase der Gewalt befürchten, und die strategischen Grundlagen der ägyptischen Außenpolitik – die Allianz mit den USA, der Frieden mit Israel und der Beitrag zur regionalen Sicherheit – stünden kaum auf dem Spiel. Dagegen würde ein neuer Präsident mehr denn je vor der Herausforderung innenpolitischer Reformen in Politik und Wirtschaft stehen, damit das Land nach den zarten Ansätzen von 2004 und 2005 in seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit nicht noch weiter zurückfällt.

Dunne sieht in der Entscheidung der Nachfolge das schwierigste Problem. Denn Mubarak habe es vermieden, sich einen Vizepräsidenten an die Seite zu stellen, weil er dessen Illoyalität befürchtete, und für die Ausschaltung politisch unabhängiger Persönlichkeiten gesorgt, zumal wenn sie über öffentliches Ansehen verfügten – wie der frühere Verteidigungsminister Hatem Abu Ghazala und der heutige Generalsekretär der Arabischen Liga, Amr Moussa –, und sich überdies entgegen den Verfassungsbestimmungen eine dritte und vierte Amtszeit einräumen lassen. Auch sein Versprechen zu „mehr Demokratie“ ist nicht erfüllt worden. Stattdessen hält die politische Repression an, wie der Fall des Soziologen und zivilgesellschaftlichen Aktivisten Saad Eddin Ibrahim beweist, dessen Freispruch drei Jahre hinausgezögert wurde. Der Opposition in Gestalt der säkularen „Ägyptischen Bewegung für den Wandel“, die mit dem Slogan „Genug!“ („Kifaya!“) von sich reden gemacht hat, der liberalen Partei „Ghad“ („Morgen“) unter Führung von Ayman Nour und der Moslebruderschaft – bei den Wahlen 2005 gewann sie zwanzig Prozent der Parlamentssitze, auch wenn ihre Abgeordneten nur als Unabhängige auftreten durften – ist die politische Legitimität versagt

geblieben. Gerichte weigern sich, Verfassungsanträgen zur Überprüfung von Parlamentswahlen stattzugeben.

Wer also folgt Mubarak im Amt, wenn er spätestens 2011 das Feld räumt, und was ist von dem neuen Präsidenten zu erwarten? Seinem zweiten Sohn Gamal, der nach der Ausbildung als Banker in London und nach seiner Rückkehr vielfach als Kandidat gehandelt worden ist, wird im allgemeinen die Bereitschaft zur politischen und gesellschaftlichen Modernisierung kaum zugesprochen, zumal da man ihm die Mitverantwortung für die jüngsten Wirtschaftskrisen anlastet und die von ihm angeregten Finanz- und Investitionsreformen wenig mit dem Überlebenskampf des „kleinen Mannes“ zu tun haben – ganz zu schweigen von dem üblen Geschmack, den eine „monarchische“ Nachfolge im Volk hinterlassen würde. Zwar wäre Gamal der erste Präsident ohne militärische Vergangenheit, doch könnte er sich als zu schwach erweisen, um die Generäle mit Verteidigungsminister Muhammad Hussein Tantawi an der Spitze, die Sicherheitsdienste mit Geheimdienstchef Omar Suleiman und den Generalsekretär der führenden Nationaldemokratischen Partei Safwat Sharif zu kontrollieren. Doch auch sein Vater habe zuletzt gelacht, nachdem er nach der Ermordung Anwar Sadats im Oktober 1981 analog zur französischen Käsesorte als „La vache qui rie“ verspottet worden sei.

Hinzu kommen, fügt Dunne hinzu, bedeutsame verfassungsrechtliche Fragen. So muss der nächste Präsident innerhalb von sechzig Tagen gewählt werden, wobei der Bewerber mindestens ein Jahr lang eine führende Position in einer zugelassenen Partei bekleidet haben muss, die ihrerseits auf ein mindestens fünfjähriges Bestehen mit parlamentarischer Vertretung zurückblicken muss. Sollten Gamal Mubarak, Tantawi, Suleiman und Sharif als Kandidaten ausscheiden, könnten zwar theoretisch die Moslembrüder die Gelegenheit nach der Macht greifen. Doch sei diese Option nur im Zuge einer Revolution oder eines Staatsstreichs zu befürchten, nachdem gemäß der Verfassung eine politische Partei auf religiöser Grundlage keine Zulassung beanspruchen kann. Nach allem, was bekannt ist, scheidet nach Auffassung der Autorin ein gewaltsamer Umbruch aus: Die Moslembrüder seien dazu weder in der Lage, noch seien entsprechende Pläne bekannt.

Abschließend widmet sich Michelle Dunne der Frage, was von der neuen US-Administration im Hinblick auf Ägypten zu gewärtigen ist, und dämpft allzu große Erwartungen. Nachdem Condoleezza Rice im Juni 2005 die Regierung in Kairo zur Erfüllung ihrer demokratischen Zusagen ermahnt habe, diese Aufforderung aber nach dem Sieg von „ Hamas“ bei den palästinensischen Wahlen im Januar 2006 in der Versenkung verschwunden sei, werde sich Washington wohl mit dem Appell begnügen, auf die Meinungsfreiheit, auf die Unabhängigkeit der Justiz, auf den politischen Wettbewerb sowie auf die Stärkung des Parlaments zu dringen. Dieser bescheidene Ansatz steht freilich in einem deutlichen Spannungsverhältnis zu der Forderung der Autorin, die Vereinigten Staaten sollten den Nachfolger Mubaraks zu einem entschiedenen Bruch mit der Vergangenheit sowie dazu drängen, die Rolle der heimischen Sicherheitsdienste zum Schutz des Staates und des Volkes sowie im Kampf gegen den Terrorismus und andere Formen der Gewalt neu zu definieren. Es dürfte also, um ein Resümee des Aufsatzes zu ziehen, wenig systemisch Neues unter der Sonne Ägyptens geschehen: Die Machtverhältnisse mit ihren formellen und informellen Loyalitäten und Abhängigkeiten sind festgefügt, und die Apathie in weiten Teilen der Bevölkerung hat noch nicht den Siedepunkt erreicht, der einer Wende den Boden bereiten kann.

Reiner Bernstein

Dezember 2008